

Postulat Hasim Sancar (GB): Jugendarbeitslosigkeit in der Stadt Bern – Mehr Lehrstellen für Jugendliche in der städtischen Verwaltung für nicht eingebürgerte Jugendliche

Die Erwerbslosenzahlen sind in der Stadt Bern seit 2000 markant gestiegen (von 1.9% auf 4.7% im 2003). Eine Verschiebung innerhalb der Altersgruppen zeigt sich auch durch den überproportional wachsenden Anteil der Jugendlichen bis zum 25. Altersjahr. In den Quartieren der Stadt Bern wie Bümpliz, Bethlehem, Lorraine usw., wo v.a. Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Lohn Einkommen leben, ist die Situation mit ca. 10% Jugenderwerbslosigkeit alarmierend. Zugewanderte und ihre Kinder sind besonders betroffen: „Die Arbeitslosenquote ist bei den ausländischen mehr als doppelt so hoch wie bei den schweizerischen Personen...“ (Kurzbericht „Arbeitslosigkeit in der Stadt Bern“, Finanzverwaltung Statistikdienste der Stadt Bern, Juni 2004).

Die hohe Zahl der Jugendarbeitslosigkeit unter den Migrantinnen und Migranten hat mit der Lehrstellen-Politik der verschiedenen involvierten Stellen zu tun. Eine davon ist die Stadt Bern mit ihrer Verwaltung als Arbeitgeberin. Offenbar ist unter den 44 Lehrlingen/Lehrfrauen, die im August 2004 ihre Lehre begonnen haben, nur eine Person ohne Schweizer Pass.

Noch nicht eingebürgerte Migrantinnen und Migranten machen einen Fünftel der Wohnbevölkerung der Stadt Bern aus. Es besteht ein eklatantes Missverhältnis. Integration kann und soll durch Partizipation (Teilhabe und Teilnahme) erfolgen. Für zukünftige berufliche Integration spielt die Lehrstellensituation heute eine grosse Rolle. Wer also heute eine gute Lehrstelle hat, hat mehr Chancen, morgen eine Stelle zu finden. Die Stadt Bern hat sich mit ihrem Integrationsleitbild so wie mit dem Artikel 7 der GO (Die Stadt fördert tatsächliche Integration der ausländischen Wohnbevölkerung) eine Aufgabe vorgenommen. Es scheint aber, dass in diesem Bereich bis jetzt noch zu wenig Schritte in die Richtung Integration gemacht worden sind. Es darf nicht sein, dass immer wieder von einer Integration gesprochen wird, aber eine der wichtigsten Türen für einen Teil der Wohnbevölkerung verschlossen bleibt. So stimmt etwas nicht.

Daher wird der Gemeinderat beauftragt,

1. dem Stadtrat darüber Bericht zu erstatten, wie viele Lehr- und Praktikumsstellen (mit und ohne Abschluss) in der städtischen Verwaltung (differenziert nach Direktionen und Berufsfeldern) seit 2000 an nicht eingebürgerte Jugendliche vergeben worden sind;
2. ein Konzept zu erarbeiten, wie bis Ende dieser Legislatur, d.h. bis Ende 2008, schrittweise mindestens bis 20% (um die bisherige Diskriminierung zu kompensieren, dürfen es auch mehr sein) der Lehrstellen der städtischen Verwaltung mit nicht eingebürgerten jugendlichen Migrantinnen und Migranten besetzt werden.

Bern, 13. Januar 2005

Postulat Hasim Sancar (GB), Natalie Imboden, Catherine Weber, Urs Frieden, Karin Gasser, Anne Wegmüller, Simon Röthlisberger, Myriam Duc, Michael Jordi, Carolina Aragon, Daniele Jenni

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat teilt die Auffassung des Postulanten, dass ausländische Jugendliche grundsätzlich die gleichen Ausbildungs- und Berufschancen haben sollen wie Schweizer Jugendliche. Eine hohe Jugendarbeitslosigkeit, konzentriert auf Quartiere mit hohem Ausländer-Anteil birgt ein Problempotenzial, das letztendlich die gesamte Bevölkerung betrifft.

Zu Punkt 1:

Das Postulat verlangt Bericht darüber, wie viele Lehr- und Praktikumsstellen in der Verwaltung seit 2000 an nicht eingebürgerte Jugendliche vergeben worden sind.

Bis anhin erfolgte in der Stadtverwaltung Bern keine systematische Datenerfassung zur Vergabe von Lehr- und Praktikumsstellen, differenziert nach Nationalität.

Es ist daher zum heutigen Zeitpunkt nicht möglich, mit einem verantwortbaren, verhältnismässigen Aufwand verlässliche Zahlen zu liefern, die Auskunft zu diesem Punkt geben.

Hingegen werden seit dem Jahr 2002 (Zeitpunkt der Einführung des neuen Personalinformationssystem SAP) Daten gesammelt, die Auskunft geben über den tatsächlichen Bestand der ausländischen Lernenden und Praktikantinnen und Praktikanten sowie über deren Anteil an der Gesamtheit aller Lernenden in der Stadtverwaltung.

Tabelle 1

Lernende und Praktikantinnen / Praktikanten der Stadtverwaltung nach Direktionen und Nationalitäten 2002-2004 (Quelle: Personalinformationssystem SAP)

	2002			2003			2004		
	Total Personen	davon nicht CH	in %	Total Personen	davon nicht CH	in %	Total Personen	davon nicht CH	in %
PRD	7	0	0.0%	7	0	0.0%	10	1	10.0%
DSI	12	0	0.0%	10	0	0.0%	6	0	0.0%
DSO	87	6	6.9%	90	5	5.6%	107	10	9.3%
BUI	49	1	2.0%	13	3	23.1%	12	2	16.7%
HSE	12	1	8.3%	12	0	0.0%	12	0	0.0%
FPI	15	1	6.7%	14	0	0.0%	9	0	0.0%
PVT	14	0	0.0%	15	3	20.0%	9	1	11.1%
Total*	196	9	4.6%	161	11	6.8%	165	14	8.5%

* ‚Total‘ = inkl. Kurzpraktika von Studierenden oder Schülerinnen und Schülern der Wirtschaftsmittelschule

(Anzahl der effektiven Lehrstellen in diesem Zeitraum: 2002 - 77; 2003 - 94; 2004 - 111)

Der Anteil der nicht eingebürgerten Lernenden hat sich in den letzten drei Jahren ungefähr gleich entwickelt wie die Anzahl der effektiven Lehrstellen in der Verwaltung und liegt Ende 2004 bei 8.5%.

Eine Umfrage in den Direktionen hat ergeben, dass die Tendenz der letzten Jahre weiter bestehen bleibt und dass nach den Neueinstellungen für das Lehrjahr 2005/06 im August wiederum mit einem Anstieg des Anteils ausländischer Lernender und Praktikantinnen und Praktikanten gerechnet werden kann.

Kommentar zu diesen Zahlen

Bei der Selektion von Lernenden steht die **Qualifikation der Bewerbenden im Vordergrund**; der Stadtverwaltung ist es seit Jahren ein Anliegen, die eigenen Lehrstellen nicht ausschliesslich an Jugendliche mit Top-Schulleistungen zu vergeben. Vielmehr gilt der Grundsatz, dass sich die jährlich neu aufzunehmenden Lernenden jeweils aus Jugendlichen mit guten, mittleren und schwächeren schulischen Leistungen zusammensetzen sollen.

Der Nationalität der Bewerbenden wurde bisher formell keine Beachtung geschenkt.

Die mit der Selektion betrauten Personen vertreten indessen – aufgrund ihrer subjektiven Erfahrungen bzw. Eindrücke – die Auffassung, dass die Anzahl genügend qualifizierter Bewerbungen von nicht eingebürgerten Jugendlichen relativ gering sei.

Diese Feststellung wirft die Frage nach dem Ausbildungsstand bzw. der sozialen Schichtung der in Bern wohnhaften Ausländerinnen und Ausländer auf. Ein Blick auf die Zahlen der Volkszählung 2000 ergibt folgendes Bild:

Tabelle 4: Bevölkerung über 25 Jahre nach höchster abgeschlossener Ausbildung und Heimat (Quelle: Stadt Bern/eidg. Volkszählung 2000)

Ausbildungsstand Personen mit 25 und mehr Jahren nach Heimat

Quelle: Volkszählung 2000

	Schweiz	Zus' setzung %	Ausland	Zus' setzung %	Total	%-Anteil Ausland	Ausländeranteile Zusammenzug	
Keine Ausbildung abgeschlossen	1 277	2	1 502	8	2 779	54.0	38%	unqualifizierte
Obligatorische Schule	9 994	12	5 530	28	15 524	35.6		
Berufslehre, Berufsschule	33 699	42	3 451	18	37 150	9.3	9.30%	Berufsausbild.
Maturitätsschule, Lehrerseminar	8 159	10	1 311	7	9 470	13.8	11.70%	höhere Ausbildung
Höhere Fach- und Berufsausbildung	8 531	11	897	5	9 428	9.5		
Hochschule, Fachhochschule	11 867	15	2 746	14	14 613	18.8		
Ohne Angabe	6 830	8	4 205	21	11 035	38.1	38.10%	
Total	80 357	100	19 642	100	99 999	19.6	19.60%	

Diese Zahlen zeigen, dass bei den Ausländerinnen und Ausländern der Anteil an Wenigqualifizierten überdurchschnittlich und der Anteil an Personen mit Beruflehre sehr gering ist; auffallend hoch ist hingegen der Anteil bei den Hochqualifizierten (die aber wohl eher das Gymnasium besuchen). Diese Verhältnisse wirken sich auf die Berufswünsche und -chancen der nächsten Ausländergeneration aus. Dies kann – mindestens teilweise – den relativ geringen Anteil an qualifizierten Bewerbungen von ausländischen Jugendlichen bei der Stadtverwaltung Bern begründen.

Zu Punkt 2:

Zurzeit sind verschiedene parlamentarische Vorstösse hängig, die verlangen, dass bestimmte Gruppen Jugendlicher bei der Vergabe bzw. Schaffung von Lehrstellen besonders berücksichtig

sichtigt werden: Jugendliche mit Behinderungen, ausländische Jugendliche, schulschwache Jugendliche.

Der Gemeinderat möchte mit der Schaffung eines städtischen Lehrstellen-Konzepts all diese Anliegen ganzheitlich prüfen. Ein derartiges Konzept soll

- realistische Vorgaben für die einzelnen Anspruchsgruppen,
- praktikable Abläufe bei der Vergabe der Lehrstellen und
- gegebenenfalls eine Neuregelung der Kompetenzen und Verantwortlichkeiten bei der Selektion der Lernenden

festlegen.

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat das Postulat anzunehmen.
2. Die Stellungnahme zu Punkt 1 gilt gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 6. April 2005

Der Gemeinderat